

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren,

Der Haushalt der Stadt Borgentreich, für das Jahr 2024, steht unter keinem guten Vorzeichen. Die Haushaltssicherung kann nur abgewendet werden, da es neue Bewertungsmöglichkeiten für die Kommunen in NRW gibt. Gäbe es diese nicht wäre die Stadt Borgentreich und mit ihr viele andere Kommunen im Kreis und Land von der Haushaltssicherung betroffen. Bei den zahlreichen Diskussionen, welche wir im Vorfeld geführt haben, wurde jedoch schnell klar, dass die Abwendung der Haushaltssicherung nicht hilft. Das grundsätzliche Problem ist die kommunale Unterfinanzierung.

Selbst wenn ein Großteil der freiwilligen Leistungen der Stadt gestrichen würden, würde es die Finanzsituation nicht signifikant ändern. Dementsprechend würde es auch nicht helfen, wenn die Stadt in die Haushaltssicherung gehen würde. Denn was außer der freiwilligen Leistungen sollte gekürzt werden? Einzig der Griff in die Taschen der Bürger und Unternehmen wäre möglich, um so die Einnahmenseite zu verbessern. Das wäre ein Weg den wir nicht gehen werden!

Aber wie kommt es überhaupt zu der desolaten Situation der kommunalen Finanzen? Hier lassen sich zwei Hauptprobleme benennen.

Zum einen stößt die Umlagefinanzierung der Kreise und Landschaftsverbände in der derzeitigen Situation an ihre Grenzen. Es geht uns dabei nicht darum auf den Kreis oder die darüber liegenden Körperschaften zu schimpfen. Wir erkennen durchaus an, dass auch hier höhere Kosten auflaufen und diese umgelegt werden müssen. Dies führt aber dazu, dass das letzte Glied der Kette, die Kommunen und ihre Bürger, zum einen die Mehrkosten durch die vorgelagerten Umlagehaushalte, wie auch die Mehrkosten des eigenen Haushalts stemmen müssen. Wie die aktuelle Haushaltssituation zeigt, ist dies auf Dauer so allerdings nicht durchzuhalten. Daher fordern wir hier, insgesamt eine Verschlinkung der übergeordneten Körperschaften. Uns ist bewusst, dass dies nur möglich ist wenn auch Leistungen auf den Prüfstand

gestellt werden, insbesondere sehen wir hier die Organisation des ÖPNV, aber auch Aufgaben im Bereich Kultur & Soziales.

Der zweite Punkt ist das Konnexitätsprinzip, der Zusammengehörigkeit von Aufgaben- und Finanzverantwortung. Kurz gesagt, wer die Musik bestellt muss sie auch bezahlen. Aufgaben die sich durch Bundes- oder Landesgesetzgebung ergeben, müssen auch mit hinreichend finanziellen Mitteln für die Kommunen einher gehen. Häufig ist es so, dass direkte Auswirkungen zwar noch getragen werden, indirekte Kosten oder Kostensteigerungen aber an den kommunalen Haushalten hängen bleiben. Ein Beispiel ist die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen und Asylsuchenden. Mit dem Bau und Erwerb von Unterkünften hat die Stadt Borgentreich hier im vergangenen Jahr einiges geleistet. Bei der Betreuung und Integration hat sich in Borgentreich in der Vergangenheit viel zum positiven entwickelt. Das alles ist ein langer Prozess; das alles passiert nicht von selbst, die Aufgaben die in dem gesamten Kontext entstehen, müssen auch mit Personal gedeckt werden und erzeugen somit auch Integrationsnebenkosten.

Beim Bau und Erwerb der Unterkünfte hätte ich mir schon mehr finanzielle Unterstützung gewünscht. Aber spätestens jetzt, bei den Integrations- bzw. Integrationsnebenkosten sind Bund und Länder gefordert. Der Bund muss mehr Mittel bereit stellen und die Länder müssen diese auch an die Kommunen weiter reichen.

Trotz der angespannten Haushaltslage, dürfen wir uns nicht wie ein Kaninchen im Bau verkriechen. Notwendige Investitionen in der Stadt Borgentreich und in den Ortschaften müssen auch weiterhin möglich sein. Es ist es jedoch wichtig immer Maß zu halten, Einsparpotentiale zu suchen und darauf zu achten, dass Kosten nicht davon laufen. Sei es bei „Großprojekten“ wie dem Feuerwehrgerätehaus und dem Schulstandort oder bei „kleineren Investitionen“ in den Ortschaften. Manches ist auch ohne hinreichende Refinanzierung durch Fördermittel vielleicht nicht oder nicht sofort umsetzbar.

Während unserer Haushaltsbesprechung haben wir viele Punkte diskutiert. So stellen wir uns z.B. die Frage: Müssen wir eine funktionierende Flutlichtanlage austauschen

oder reicht es sie zu ersetzen wenn sie defekt ist? Müssen wir einen neuen Dorfmittelpunkt planen, nur weil wir ein Haus abreißen wollen? Der Haushalt heute bildet einen Kostenrahmen, einzelne Maßnahmen sind durchaus noch diskussionswürdig. Wir gehen aber davon aus, dass die bisher offene Art des Bürgermeisters samt Verwaltung auch in Zukunft trägt und wir entsprechend große oder strittige Projekte nochmal im Rat diskutieren und in guter Zusammenarbeit auch Lösungen finden werden. Wir als FDP Fraktion wollen auch in schwierigen Zeiten weiter daran mitarbeiten, unsere Stadt zu gestalten und zu entwickeln, klug in unsere Zukunft zu investieren aber auch sinnvoll zu sparen.

Bevor wir nun in die Diskussion gehen möchte ich nochmal kurz auf die gesellschaftlichen Bewegungen der vergangenen Monate eingehen. Auch im Kreis Höxter gab es Proteste der Landwirte. Beachtlich hierbei war jedoch, das einer der Hauptorganisatoren nicht etwa ein Landwirt, sondern ein örtlicher Unternehmer war. Mein Fazit aus den Protestaktionen ist: Wir müssen gemeinsam für den ländlichen Raum, unseren Lebensraum, unsere Heimat kämpfen. Landwirte, Handwerker, kleine und mittelständige Unternehmen samt ihren Mitarbeitern und Familien.

Eine weitere Entwicklung der vergangenen Monate, ist eine große gesellschaftliche Abgrenzung gegen „rechts“. Danke! Danke aber besonders auch an die Menschen in Borgentreich und Lütgeneder, die auch mit Herausforderung wie der ZUE oder den Flüchtlingsunterkünften, nicht den einfach klingenden Parolen einer „neuen Rechten“ folgen. Ja, es ist nicht immer einfach, aber wir lassen uns nicht unter kriegen. Die neue Rechte, die sich gern auch Alternative nennt, ist alles, aber bestimmt keine Alternative um gemeinsam Politik für unsere Heimat zu gestalten.